

Arbeiterregierung

Kontrolle der Produktion

Die Oktoberrevolution war eine Revolution des russischen Proletariats, hinter der die Bauernschaft und die Armee standen. Alle Arbeiterverbände waren Träger der Revolution, alle Angestellten Gegner der Oktoberrevolution, von den Staatsbeamten waren die oberen gegen, die unteren für die Oktoberrevolution. Die Eroberung der politischen Macht ist die Vorbedingung für die Kontrolle der Produktion. Die Produktion kann entweder nur der Bourgeoisie oder der Arbeiterschaft gehören. Ein Mittelding gibt es nicht und kann es nicht geben. (Lebhafter Beifall.)

Losowski als Mitglied der russischen Gewerkschaftsdelegation 1920 in Berlin.

Die falsche deutsche Nachahmung vor Eroberung der politischen Macht

Es geht um Sein oder Nichtsein der Arbeiterklasse. Zeigt, daß das Proletariat Taten verlangt und tritt ein in den Kampf um eure Rechte, in den Kampf um die Kontrolle der Produktion. Proletarier! Wollt ihr die Kontrolle der Produktion, dann kämpft

1. um das Recht der Einstellung und Entlassung,
2. gegen jede Stilllegung von Betrieben,
3. dafür, daß die durch die Unternehmersabotage bereits stillgelegten Betriebe wieder eröffnet und in Gang gesetzt werden,
4. für Vergrößerung der Produktion in den vom volkswirtschaftlichen Standpunkt produktionsfähigen Be-

trieben durch Erweiterung der technischen Einrichtung und Einstellung von Arbeitskräften,

5. Kampf gegen Akkordarbeit und Ueberstunden.

Arbeiter! Genossen! Das bedeutet den Beginn des Kampfes um die Kontrolle der Produktion.

Aus einem Aufruf der KPD. zur Beseitigung des Arbeitslosenelends im Herbst 1920.

Aufgaben der Kontrollausschüsse

Besondere Kommissionen sind überall zu bilden zur Heranziehung der Schupo und Reichswehr, Kleinbauern und notleidenden Kleinbürger, um auch sie zum Kampf gegen die Teuerung zu gewinnen oder wenigstens zu neutralisieren.

Rote Fahne vom 26. November 1922.

Sachwerterfassung zur Bildung eines Fonds zur Bestreitung der Kampfkosten gegen die französische Invasion.

Resolution der Reichszentrale der KPD., Rote Fahne vom 15. Februar 1923.

Die gesamte Produktion und deren Verteilung im Ruhrrevier vorerst der Kohlengruben wird der Kontrolle der Betriebsräte unterstellt, die zu diesem Zwecke einen Kontrollausschuß bilden. Diese Arbeitervertretungen des Ruhrreviers garantieren und sichern den Besatzungs- bzw. den reparationsberechtigten Mächten ihre Reparationsforderungen. An Stelle der ausgesprochenen Militärgewalt tritt nach der Art der Grenzzolltruppen organisierte französisch-belgische bzw. interalliierte Polizei- oder Gendarmeriegewalt. Die Produktion und Verteilungskontrolle durch die Betriebsräte erfolgt gemeinsam mit den hierzu organisierten Kommissionen der Interalliierten.

Einiges aus der Resolution des Betriebsrätekongresses vom 11. März 1923 in Essen.

Die Franzosen nahmen diese Forderungen an. Darob große Entrüstung in der bürgerlichen Presse (Landesverräter! Hochverrat usw.), große Verlegenheit bei der KPD. Der rettende Ausweg: Die KPD. erklärte, sie fühle sich nur an diese (ihre eigenen) Bedingungen gebunden, wenn die deutsche Regierung (d. h. Bourgeoisie) ihre Zustimmung dazu gebe. Das kommt davon, wenn man allzu taktisch ist!

Bildung der Hundertschaften durch die Gewerkschaften

Bildung von Abwehrorganisationen gegen den Faschismus in den Betrieben durch die Gewerkschaften und Betriebsräte und Einreihung der proletarischen Frontkämpfer in diese Abwehrorganisationen.

Beschluß der Reichszentrale der KPD., Rote Fahne vom 15. Februar 1923.

Bewaffnung durch den bürgerlichen Staat

Im Preußischen Landtag stimmte gestern die sozialdemokratische Fraktion den kommunistischen Antrag nieder, die proletarischen Abwehrformationen von Staats wegen zu fördern und ihnen Waffen zur Verfügung zu stellen.

Rote Fahne vom 25. März 1923.

Staatliche Anerkennung der Kontrollausschüsse und Hundertschaften

Die bestehenden Kontrollausschüsse zum Kampf gegen die Teuerung in Sachsen dürfen nicht nur stillschweigend geduldet, sondern müssen staatlicherseits anerkannt und mit ausreichenden Befugnissen versehen werden.

Rote Fahne vom 8. März 1923.

Aufgabe der Hundertschaften

Die VSPD. und KPD. bilden in Sachsen proletarische Abwehrorganisationen. Diese haben die Aufgabe, die Demonstrationen, Versammlungen und das Eigentum der Arbeiterorganisationen zu schützen.

Rote Fahne vom 20. März 1923. Vereinbarung zwischen der SPD. und KPD. in Sachsen.

Die Selbstschutzorganisationen haben den Zweck:

1. Schutz der Arbeiterschaft vor den Angriffen und Ueberfällen konterrevolutionärer faschistischer Banden;
2. Schutz der öffentlichen Sicherheit auf den Straßen und Arbeitsplätzen;
3. Schutz der Republik vor Angriffen der Reaktion;
4. Schutz der Einrichtungen der Gewerkschaften und proletarischen Parteien.

Resolution des Ortsausschusses Opladen der KPD. und des ADGB.

Die Aktionsausschüsse der KPD.

Bildet Aktionsausschüsse der Gewerkschaften, der Betriebsräte, der Vertreter der politischen Arbeiterparteien! — Zwingt die Führer der Gewerkschaften und politischen Arbeiterparteien, daß sie sich an die Spitze eures Kampfes stellen!

Aus einem Flugblatt der KPD. vom 8. Oktober 1923.

Unsere Stellung dazu!

Bewaffnung der Arbeiter erst möglich bei Diktatur des Proletariats. Vorher ist das entweder Soldatenspielerei oder Bewaffnung der Konterrevolution (wenn durch die Gewerkschaften). Wir haben bereits bewaffnete Gewerkschaftler: Die Sipo ist restlos gewerkschaftlich organisiert, was sie besonders befähigt macht zum Arbeitermord.

Beispiel: Ermordung des Genossen Hoffmann in Flensburg im Januar 1921 durch Sipo. Die Kieler Sipo (rest-

los Gewerkschaftler — starke KPD.-Zelle) zur Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ hingeschickt. Erfolg: großes Blutbad unter der Flensburger Arbeiterschaft.

In Oesterreich stramm gewerkschaftlich organisiertes Heer. Abwechselnd demonstriert es mit den Waffen mit den Arbeitern und geht mit Waffen gegen demonstrierende Arbeiter vor.

Sachwert-Erfassung

Oktober 1921:

Der „Schutz der Republik“ und die „Erfassung der Goldwerte“ sind nichts anderes als demagogische Flausen der kleinbürgerlich-sozialistischen Parteiführer und nichts weniger als Flausen in den Köpfen der Proletarier.

Die Internationale. Herausgegeben von der Zentrale Der KPD., 3. Jahrgang, Heft 13, Mitte Oktober 1921.

Juli 1922:

Die Sachwertfassung allein ist imstande, die weitere Verelendung der deutschen Arbeiterschaft und den vollkommenen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft aufzuhalten.

Rote Fahne vom 22. Juli 1922.

Durchgreifende Erfassung der Sachwerte für die kapitalistische Republik

Die Parteien der kleinbürgerlichen Demokratie, Zentrum und Sozialdemokraten, sträuben sich. — Sie lehnen die Stinnesbedingungen ab. Die Sozialdemokraten deuten mit Wenn und Aber die „Erfassung der Sachwerte“ an. — Wenn die Industriellen die Kredite verweigern, . . . so muß die Sachwertfassung kommen. Selbst das Berliner Tageblatt und die Vossische Zeitung deuten schüchtern etwas von Sachwerten an. Die Unabhängigen scheinen jetzt einzusehen, daß sie unter allen Umständen notwendig ist.

Das arbeitende Volk selbst muß sprechen und handeln. In öffentlichen Versammlungen, in Betriebsversammlungen, in den Gewerkschaften, in den Konsumvereinen usw. muß das Volk Stellung nehmen. Nicht nur zur Abwehr des Stinnesdiktats, sondern zum entschlossenen Gegenangriff. Der Schlachtruf ist: Durchgreifende Erfassung der Sachwerte!

Anfang und Schluß des Leitartikels der Roten Fahne vom 13. November 1921.

Parlamentarismus gegen Marxismus oder Opportunismus und Illusionspolitik in Reinkultur

„Die Erfassung der Sachwerte.“

Die Reichstagsfraktion der KPD. hat im Reichstag folgenden Antrag Koenen und Genossen eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:

Entwurf eines Gesetzes über die Erfassung der Sachwerte durch das Reich.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel I.

Zweck des Gesetzes.

Um der werktätigen Bevölkerung und der auf sie zu stützenden Staatsgewalt den entscheidenden Einfluß auf die Produktion und die Erträge, die Regelung der Ein- und Ausfuhr und der Güterverteilung zu sichern, sowie zur Beschaffung der erforderlichen Mittel zur wirksamen Bekämpfung der katastrophalen Verelendung der werktätigen Bevölkerung, zur Entlastung der werktätigen Verbraucher von den drückenden Verbrauchs- und Verkehrssteuern, zur Sicherung der deutschen Währung vor weiterem Zerfall, zur Verhinderung von Kapitalverschiebungen und der Auslieferung deutscher Unternehmungen an ausländische Kapitalisten sowie für erzwungene Repa-

rationslasten wird dem Reiche an allen gewinnbringenden Zwecken dienenden Unternehmungen ein **Mitbestimmungsrecht von mindestens 51 Prozent** eingeräumt.

Begründung.

IX.

Die Antragsteller geben sich nicht der Erwartung hin, daß die gegenwärtige Regierung die vorgeschlagene grundlegende Umgestaltung der gesamten Wirtschaft, — Finanz- und Steuerpolitik durchführen wird. Sie sprechen klar aus, daß für die Durchführung dieser wirtschaftlichen Umgestaltung eine ebenso grundlegende Umgestaltung der politischen Staatsorganisationen nötig sein wird, in dem Sinne, daß den politischen Organen der werktätigen Bevölkerung die ausschlaggebende Leitung, Durchführung und Kontrolle der Staatlichen Exekutive, Gesetzgebung und Verwaltung zufällt. Das erfordert die Ersetzung der gegenwärtigen Regierung durch eine Reichsarbeiterregierung. Die Antragsteller erwarten, daß die werktätige Bevölkerung im Interesse ihrer Selbsterhaltung, wie der Erhaltung der nationalen Existenz und des wirtschaftlichen Wiederaufbaues alle Kräfte daran setzen wird, um diese politische Umgestaltung zu erzielen.

X.

Die Antragsteller sehen mit aller Bestimmtheit voraus, daß, falls die kapitalistischen Interessenten und ihre politischen Vertreter diesen Weg ausschlagen und dadurch den sozialen Druck auf die werktätige Bevölkerung noch steigern, unvermeidlich der Augenblick eintreten wird, wo diese die notwendigen politischen und wirtschaftlichen Umgestaltungen durch vollständige Enteignung und Ausschaltung der kapitalistischen Interessenten von der Leitung und Verwaltung der Wirtschaft erzwingen werden.

Rote Fahne vom 6. Juli 1923.

Liebe Kapitalisten, die KPD. sagt euch: Falls ihr diesen Weg ausschlägt, den mit den 51 Prozent Mit-

bestimmungsrecht, dann, ja dann wird der Augenblick kommen (zum Bedauern der KPD), wo ihr vollständig enteignet werdet. Darum seid doch so vernünftig und nehmt die Gesetzesvorlage an, denn das ist eure Rettung. Kapitalistischer Gralshüter, dein Name ist — KPD.

„Arbeiterregierung“

Einige Blüten über die Aufgaben des Betriebsräte-Kongresses und der Arbeiterklasse:

Denn die Katastrophe ist bereits soweit vorgeschritten, daß Zeit zur Hilfe nur in geringem Maße vorhanden ist... Und gebieterischer als je steht vor allen, denen die Preise über die Köpfe gewachsen sind, die Aufgabe, diesem Wuchertreiben Einhalt zu gebieten... Daß diese Aufgabe von keiner bürgerlich-kapitalistischen Regierung und mit keinen Quacksalbermethoden gelöst werden können, haben wir oft genug hinausgerufen. Sache des Reichsbetriebsräte-Kongresses ist es, diesen Ruf nicht nur zu erheben, sondern den Ausweg klar zu zeigen.

Die erste Aufgabe, Behebung der durch den Wirtschaftszersplitterung gesteigerten Wirkungen der Produktionsanarchie, die einen Hexentanz der Preise mit einer widersinnigen Verteilung vereinigt, kann vollständig nur gelöst werden durch despotische Eingriffe in die heutige Produktions-, „Ordnung“, die eine Produktionsunordnung ist. Alle technischen Voraussetzungen für diesen Eingriff sind gegeben: Die wichtigsten Industrien sind konzentriert und vertrautet, die Banken zu zentralisierten Großbanken derartig vereinigt, daß eine Arbeiterregierung, die gewillt ist, Schluß zu machen mit den Orgien der Finanzkönige und Industriebarone, mit einem Schlage Ordnung bringen kann in die Produktion, die jetzt nur nach den Profitinteressen der wenigen Unternehmer „geregelt“ ist, denen die Eisentrusts und Großbanken gehören.

Auch ohne zunächst den Besitz direkt aufzuheben, kann und muß eine Arbeiterregierung eine Regelung der Produktion durchsetzen. Die ersten Schritte dazu lauten: Zusammenlegung aller Banken in eine staatlich kontrollierte Zentral-

bank, die den Devisenhandel kontrolliert; staatliche Kontrolle und Regelung der Produktion des Großtrustes; Aufhebung des Geschäfts- und Bankgeheimnisses.

Wir kennen das Geschrei, das von allen Seiten gegen ein solches Programm erhoben werden wird. Und doch ist das nur ein Kontroll- und Regulierungsprogramm, ein Programm, das die Eigentümerrechte noch nicht antastet, das lediglich den Kontrollorganen des Proletariats ein erfolgssicherndes Betätigungsfeld bietet. Natürlich muß eine Arbeiterregierung jeden sabotierenden Unternehmer unbarmherzig strafen, und sie wird das tun, indem sie ihm sein Teuerstes nimmt, den Besitz. Aber, solange er sich fügt, d. h. sich lediglich seine Profitmacherei kontrollieren und regulieren läßt, braucht ihm die Arbeiterregierung noch nichts zu nehmen.

Freilich wird die Sache anders, sowie die zweite Aufgabe gelöst werden soll, die Ordnung des Finanz- und Währungswesens. Hier haben die edlen Stinnes eine so heillose Verwüstung angerichtet, daß eine Ordnung ohne Eingriffe in die „Substanz des Vermögens“, d. h. in das Privateigentum, undenkbar ist. Aber die Herrschaften sollten bedenken, daß diese Eingriffe desto brutaler werden müssen, je länger der heutige Zustand anhält. Jene „Erfassung der Sachwerte“ in Natur und durch Konfiskation von Aktienkapital, die absolut nicht zu umgehen ist, kann verschieden bemessen werden. Eine Arbeiterregierung aber muß und wird diese Eingriffe machen.

In welchem Maße, das hängt auch von dem Verhalten der Kapitalisten ab.

Rote Fahne vom 14. November 1922.

Das ist ein klassischer Beweis dafür, daß die KPD. vom Klassenkampf und vom Marxismus genau so viel versteht, wie die Bremer Stadtmusikanten von einer Symphonie.

Denn nach Marx und Engels heißt es im Kommunistischen Manifest: „das Proletariat, die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft, kann sich nicht erheben, nicht aufrichten, ohne daß der ganze Ueberbau der Schichten, die

die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird.

Ausgabe 1908, Seite 31.

KPD.! Dieses wurde 1848 gesagt!

Von wem eingesetzt?

Der Kongreß fordert den Reichspräsidenten Ebert auf, das Kabinett Cuno sofort zu entlassen und eine Arbeiterregierung zur Verwirklichung des vom Betriebsrätekongreß aufgestellten Programms zu berufen.

Resolution des Reichsbetriebsrätekongresses, Rote Fahne vom 25. November 1922.

Aus was bestehend!

Regierung aller Arbeiterparteien und Gewerkschaften.

Manifest des Leipziger Parteitages der KPD. am 28. Januar 1923.

Einerseits — anderseits!

Die Arbeiterregierung kann im Rahmen der bürgerlichen Demokratie entstehen.

Die Beteiligung an der Arbeiterregierung bedeutet für die KPD. kein Abkommen auf Kosten der revolutionären Ziele des Proletariats, keinen Trick oder taktisches Manöver, sondern die ernste Bereitschaft zum gemeinsamen Kampfe mit den reformistischen Arbeiterparteien, wenn sie ihren Willen klar zeigen, sich vom Bürgertum zu trennen, und mit den Kommunisten den Kampf für die Tagesforderungen des Proletariats aufzunehmen.

Aus: Thesen zur Frage der Arbeiterregierung; von der erweiterten Sitzung des sächsischen Landesvorstandes am 4. Januar 1923 einstimmig angenommen.

Rote Fahne vom 9. Januar 1923.

Das nennt man praktische Politik. Das soll kein Opportunismus oder Reformismus sein? Kein „Trick oder taktisches Manöver“? Nein, das ist reine Illusionspolitik, die zum Verrat an der Revolution führt. Die Geschichte hat es bewiesen.

Ruth Fischer über die Arbeiterregierung

Die Staatsmacht ist für das Proletariat nicht zu erobern innerhalb der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition, noch durch eine kommunistisch-sozialdemokratische Koalition. Die Lösung aller ökonomischen Forderungen des Proletariats hängt ab von der Eroberung der Staatsmacht. Und heute noch gilt unbestritten in der Kommunistischen Internationale der Satz, daß die politische Macht nicht geteilt werden kann zwischen den Klassen, sondern daß sie liegen muß in Händen der einen oder der andern Klasse. Ebenso unbestritten gilt der Satz, daß die politische Macht nicht die Wahlmaschinerie und die Verfügungsgewalt über die Beamtenmaschinerie ist, sondern daß die politische Macht beruht auf den Waffen, den Organen der proletarischen Diktatur, dem proletarischen Beamtenapparat, dem die Zerschlagung des bürgerlichen Beamtenapparates vorgegangen sein muß, der Zerschlagung der bürgerlichen Justiz, Kirche, Schule usw., und der Enteignung der Kapitalisten. So daß jeder Versuch, eine Staatstheorie aufzubauen, nach der es möglich wäre, im Rahmen der Demokratie die kapitalistische Wirtschaft umzuwälzen, eine glatte Revision der kommunistischen Grundlehren bedeutet.

Das ist eine durchaus marxistische Auffassung von der Eroberung der politischen Macht. — Aber die Kominintern stellt auf die Tagesordnung die Frage der Arbeiter- und Bauern-Regierung. Und da man die Frage nicht umgehen kann, oder besser, nicht den Mut hat, diese opportunistische Politik abzulehnen, so macht man behelfsmäßige Politik und verschiebt die Frage der Arbeiter-Regierung, bis die Möglichkeit der Diktatur greifbar wird. — Es heißt weiter: Und trotzdem ist die Parole der Arbeiter-Regierung nicht nur propagandistisch unentbehrlich, sondern die Arbeiter-Regierung ist durchaus eine mögliche Etappe im Machtkampf in Europa. Man muß es absolut klar aussprechen,

daß eine Arbeiter-Regierung nur möglich ist in der Zeit zugespitzter Kämpfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie, in einer Zeit politischer Hochspannung und tiefgehender sozialer Gärungsprozesse. Solange das Proletariat sich in jeder politischen und besonders in jeder ökonomischen Frage in der Defensive befindet, ist die Arbeiterregierung eine ausgezeichnete Losung, die die Teilkämpfe politisch zusammenfaßt, aber als reale Frage steht sie auf der Tagesordnung erst im Strome einer Massenbewegung, die wieder offensiv gegen die Bourgeoisie vorzustößen versucht. Jeder Versuch, die Arbeiterregierung hinzustellen als mögliche Etappe in Verbindung einer „flauen Perspektive“, ist trotz aller radikalen Phraseologie nichts anderes als der Versuch, innerhalb der Demokratie „etwas für die Arbeiterschaft herauszuholen“.

Hier wird die Aussichtslosigkeit zugegeben, „innerhalb der Demokratie für die Arbeiter etwas herauszuholen“. — Die Arbeiterregierung, das letzte Mittel zur Bändigung der Massenbewegung. Das ist klassisch. Und trotzdem für die „Arbeiterregierung“.

Die Arbeiterregierung ist möglich beim Steigen der Wirtschaftskatastrophe, bei Verwirrung und Zersetzung im Lager der Bourgeoisie, bei Unsicherheit, Schwankungen und Krisen im Lager der SPD., beim Ansteigen der Massenbewegung, die aber noch nicht frei ist von sozialdemokratischen Illusionen, vor allem von der Illusion, daß die SPD. als Partei kämpfen wird. Zugleich aber müßte die Verwirrung im Lager der Bourgeoisie (November 1918 in Deutschland) so groß sein, daß sie in einer

Arbeiterregierung das letzte Mittel zur Bändigung der Massenbewegung,

der Aufhaltung des politischen und wirtschaftlichen Chaos sieht. Und hier handelt es sich für die KPD. darum, das Rückfluten der Bewegung und die Bändigung der Massen durch die „Demokratie“ dadurch unmöglich zu

machen, daß sie die Arbeiterregierung bewußt aus den Ketten der Demokratie und des Parlaments löst und auf das freie Feld der Massenbewegung führt. Die Arbeiterregierung muß bei ihrer Geburt das Zeichen der Bindung an die proletarischen Massen an ihrer Stirn tragen, sonst trägt sie den Todeskeim in sich. Und nicht nur der proletarischen Massen schlechtweg — einmal strömen die Massen aus den Fabriken, demonstrieren und stürmen an gegen die bürgerliche Klasse, und dann gehen sie zurück in Fabrik und Kontor und überlassen die Weiterführung der Bewegung den verräterischen Führern; sondern die Massenbewegung muß so stark und ausgereift sein, daß die Stütze der Bewegung, die Stütze der Arbeiterregierung die proletarischen Organe — Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Aktionsausschüsse, Arbeiterräte — sind. Und die Arbeiterregierung muß bewußt und offen anerkennen, daß sie sich zu verantworten hat nicht vor dem bürgerlichen Parlament, sondern vor den Arbeiterorganisationen. Diese Arbeiterorgane aber müssen nach den Waffen greifen, müssen eindringen in den bürgerlichen Beamtenapparat und die „Nebenregierung“ muß in Kampf geraten bei den ersten Schritten mit dem „legalen“ Staatsapparat.

Der Bürgerkrieg

entrollt sich durch und mit der Arbeiterregierung, endet mit der Niederlage, das heißt, mit der Wiederherstellung der vollen bürgerlichen Demokratie oder mit der Uebergabe der Macht an die Arbeiterorgane, endet also mit der Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie, mit der Aufrichtung der proletarischen Diktatur.“

Hier wird die Nur-Parolenpolitik trefflich enthüllt. Die KPD.-Führung und auch Ruth Fischer kennen die russische Revolution. Sie wissen, daß für die Bolschewiki es nur eines gab: Sowjets oder Konstituierende Versammlung, das heißt, Räte oder Parlament. Und sie waren für die Sowjets, trotz des Geschreis der Menschewiki. Und so ist die Politik für die Arbeiterregierung menschwistische Politik.

Diese Entwicklung der realen Möglichkeiten der Arbeiterregierung soll keine Phantasie ins Blaue hinein sein, sondern nur zur Konkretisierung der Frage dienen. Nur die Arbeiterregierung, als Machtfrage gestellt, kann das Problem klarer machen. Jedes Herumreden von irgendwelchen „Punkten“ trägt uns, ob wir wollen oder nicht, in demokratisches Fahrwasser. Die Arbeiterregierung kann eine Etappe im Kampf um die Diktatur sein, aber sie ist eine Etappe unmittelbar vor dem Kampf um die Diktatur, und wo dieser Kampf um die Diktatur politisch und ökonomisch nicht gegeben ist, da ist auch die Arbeiterregierung als reale Möglichkeit nicht gegeben.

Rote Fahne vom 28. Januar 1923.

In den zugespitzten und Entscheidungskämpfen zwischen Bourgeoisie und Proletariat gibt es nur eins und kein Mittelding: Diktatur des Proletariats oder Diktatur der Bourgeoisie. Alles andere ist Lüge. Beweis: Die „Arbeiterregierungen“ in Sachsen und Thüringen.

Die Arbeiterregierung, oder wie man in den Sozialismus hineintraumlandet

Kampfmäßregeln: Die unmittelbare Versorgung der proletarischen Schichten und der mit ihnen Kämpfenden mit Lebensmitteln aus den Vorräten der Großbourgeoisie, sofortige Zuteilung von Großgrundbesitzerland den landarmen Bauern und Halbbauern. Uebergabe der Bewirtschaftung der junkerlichen Güter an die Landarbeiter.

Die bürgerliche Demokratie wird auf der Spitze proletarischer Bajonette sich etwas unbehaglich vorkommen und daher gut tun, sich etwas zu „verändern“. Es ist sonnenklar, die Abwehr eines Angriffs in der Richtung einer vollendeten kapitalistischen (faschistischen) Diktatur kann nur bestehen in mindestens einem Schritt in der Richtung der proletarischen Diktatur.

Die bestimmte Natur dieses Schrittes ergibt sich aus der Klassenkampflage. Die auf die bewaffnete Arbeiterschaft

sich stützenden Betriebsräte (Arbeiterräte) werden von selber die leitenden politischen Organe. Die Parlamente werden sich ihnen, die die werktätige Bevölkerung in ganz anderer, direkter Weise vertreten als Parlamente, unterzuordnen haben. Wenn nicht, wird es Konflikte geben, die auf verschiedene Arten zu lösen sind (**auch ohne sofortige Beseitigung des Parlaments**). Wie, das wird sehr von der Haltung der Parlamente gegenüber der Arbeiterklasse und ihren Organen abhängen.

Es ist weiter klar, daß die obere reaktionäre Bürokratie, die Organisation der Konterrevolution, sofort beseitigt werden muß. Ein Nebeneinander zwischen proletarischen Klassenorganen und bürokratischen Organen ist aber unmöglich. Also muß die untere und mittlere Bürokratie in die proletarischen Klassenorgane eingegliedert werden.

Was wir hier beschrieben haben, ist nichts anderes als die Arbeiter- und Bauernregierung. Parteimäßig betrachtet, wird sie eine Koalition aller Arbeiterparteien und Mittelschichtenorganisationen sein, die am Kampf der Arbeiterklasse teilgenommen haben werden. Die Führung wird naturgemäß der Partei zufallen, die den Kampf selber geführt hat.

Diese Arbeiterregierung benützt noch einige Formen der bürgerlichen Demokratie, aber sie muß sie durchwegs mit proletarischem Klasseninhalt ausfüllen. Sie wird diktatorisch auftreten müssen und dabei Schritt für Schritt alten Plunder loswerden.

Aus: Welche nächsten Ziele muß sich die Arbeiterklasse im Bürgerkrieg stellen? Von A. Th. Rote Fahne vom 5. August 1923.

„Es gibt eine bewaffnete Arbeiterschaft und Arbeiterräte neben“ — oder lassen wir Herrn Thalheimer selber reden: — „auch ohne sofortige Beseitigung des Parlaments“.

Das ist das Charivari eines Charlatans — Herr Thalheimer. Und das nennt sich „marxistische Theoretiker“.

„Arbeiterregierung“ in Sachsen

Die KPD. hat das Programm der SPD. akzeptiert, das folgendermaßen beginnt:

Zur Verbreiterung der Basis der Sächsischen Regierung tritt die KPD. in diese Regierung ein. Die staatspolitische Grundlage des gemeinsamen Wirkens der VSPD. und KPD. in der Regierung bildet die Reichs- und Landesverfassung.

Die KPD.-Ministerlinge in der Praxis

Chronik 1923.

Am 13. Oktober verbietet General Müller die proletarischen Hundertschaften, Kontrollausschüsse und Aktionsausschüsse. Die Reichswehr wird mobilisiert und mit rechtsradikalen Elementen aufgefüllt.

Am 16. Oktober wird die Landespolizei Sachsens der Reichswehr unterstellt.

Am 20. Oktober schließlich beginnt der Einmarsch der Reichswehrtruppen, die in Massen Verhaftungen vornehmen, Gefangene in sadistischer Art mißhandeln, auf Arbeiter rücksichtslos feuern.

Der „Kampf“.

Daraufhin antwortet die KPD. durch den Finanzminister Böttcher auf der Konferenz der Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Gewerkschaften und Ortskartelle in Chemnitz am 21. Oktober 1923:

Die Regierung hat die unmittelbare Aufgabe, Brot, Kartoffeln und Kohlen den Erwerbslosen, kleinen Rentnern, Sozialrentnern usw. zu verschaffen. — — — Wir brauchen aber zur Brotbeschaffung erhebliche Mittel. Die Reichszuschüsse, die Sachsen bekommt, sind außerordentlich knapp und reichen kaum zur Durchführung der Erwerbslosenunterstützung, Beamtengehälter. — — — Wir haben deshalb erklärt (!): Die sächsischen Unternehmer, Banken, Hochfinanz wollen sich klar werden, ob sie das moralische (!) Recht haben, auf ihren Geldsäcken zu sitzen oder ob es nicht ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, die durch

Schweiß und Arbeit sauer erworbenen Groschen der Arbeiter, die sie aufgestapelt haben, zurückzuerstatten. — — Nachdem dieser erste Anhieb an den Egoismus der Besitzenden gescheitert war, haben wir eine zweite Aktion unternommen und mit Finanz- und Bankkreisen Verbindung aufgenommen. Am vergangenen Dienstag hatte die Regierung eine Besprechung mit Bankdirektoren, Industrie- und Landwirtschaftsvertretern. Wir schlugen ihnen vor, ein Notopfer für die sächsische notleidende Bevölkerung zu organisieren. Das haben sie dankend abgelehnt. Wir forderten sodann für die sächsische Regierung ein zinsfreies Darlehen. Auch das haben sie abgelehnt. — — — Wir sagten, wir hätten gute wertbeständige Anleihen zu vergeben, nehmt sie in Kommission, zahlt uns das Geld aus. Ihr seid auf der ganzen Linie gedeckt. Es haften die Staatskohlenproduktion, der Staatsbesitz. Auch dieses Anleiheangebot ist abgeschlagen worden. — — —

Die sächsische Regierung hat erklärt: Wir sind die Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung. **Sie will den Bürgerkrieg nicht! Wir werden alle Mittel anwenden, um ihn zu verhindern.**

Der Flugschrift „Gegen die Säbeldiktatur“ entnommen.

In der Landtagssitzung vom 23. Oktober 1923 ruft der kommunistische Wirtschaftsminister Fritz Heckert aus:

Die Regierung wird mit Freude die Anträge entgegennehmen, die von der rechten Seite des Hauses gemacht werden und auch die Hilfe.

Und zum Schluß führt er aus:

Sie haben also die Möglichkeit, in den nächsten Tagen erstens einmal durch die Opferwilligkeit, die Sie aufbringen, zu beweisen, was Sie können, daß man den Staatsbesitz schon und doch die Armen nährt. Zweitens, daß Sie die Regierung beim Abschluß eines Handelsabkommens mit Rußland unterstützen und ihm kein Hindernis entgegenstellen.

Und die Bourgeoisie hat schlagend bewiesen, was sie kann. Am 29. Oktober jagten Reichswehrosoldaten in Dresden die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung auseinander.

Die frühere Einstellung der KPD.

Der Spartakusbund lehnt es ab, mit den Handlangern der Bourgeoisie, mit den Scheidemann-Ebert die Regierungsgewalt zu teilen, weil er in einer solchen Zusammenwirkung einen Verrat an den Grundsätzen des Sozialismus, eine Stärkung der Gegenrevolution und eine Lähmung der Revolution erblickt.

Aus: Was will der Spartakusbund? 1919.

Diktatur des Proletariats — nicht „Arbeiterregierung“! ist die Lösung!

Trotz alledem —

Fortsetzung der Arbeiterregierungspolitik

Die Aufstellung eines sogenannten „roten“ Präsidenten bedeutet praktisch die Fortsetzung der Arbeiterregierungspolitik von 1923, da hierdurch die gleiche Ideologie in den Köpfen der Arbeiter erzeugt wird. Während die KPD, wiederholt festgestellt hat, daß die Oktoberniederlage 1923 der deutschen Arbeiter auf die Brandlersche illusionäre Arbeiterregierungspolitik zurückzuführen ist und in dem Aufruf des Zentralausschusses der KPD, vom 18. Oktober 1924 wörtlich steht:

Der große geschichtliche Fehler der KPD. hat darin bestanden, daß sie die Massen in ihren Illusionen bestärkt, statt daß sie sie davon befreite! Aus den Spartakuskämpfen 1918-19, aus dem Kapp-Putsch 1920, aus dem Märzaufruf 1921 nichts gelernt und alles vergessen zu haben, das war der Fehler des Oktober, sagt Sinowjew in seinem Referat in der Exekutive der Komintern (Rote Fahne vom 27. März 1925, 2. Beilage).

Die Parole Arbeiter- und Bauernregierung muß beibehalten werden, trotzdem sie von Brandler verdorben wurde.

Demnach will heute die KPD, die gleiche verderbbringende Illusionspolitik wie 1923 treiben, indem sie durch ihre Beteiligung an der Präsidentenwahl 1925 bei den Arbeitern die Auffassung erzeugt, als müßte innerhalb dieses Systems der höchste Posten durch einen Arbeiter besetzt werden.

Zwanzig Jahre Arbeiterregierung

Folgender Artikel ist in der Roten Fahne vom 16. Aug. 1922 erschienen und von einem Genossen aus Sydney eingesandt. Er enthält eine solch vernichtende Kritik der „Wunderheilmittelpolitik“ der KPD., daß wir ihn unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.

Ein reformistisches Paradies.

Australien wurde von der bürgerlichen Presse, den Professoren und geriebenen Parlamentariern immer als ein kapitalistischer Musterstaat hingestellt. Es wurde sogar häufig als ein Arbeiterparadies gepriesen, wo der Klassenkampf durch die soziale Gesetzgebung völlig ausgeschaltet worden sei. Dieser Humbug wurde überall geflissentlich verbreitet und mußte in vielen Fällen dazu dienen, die Arbeitermassen in den europäischen Ländern irrezuführen und zu betrügen.

Beim Ausbruch des Krieges in Europa waren die politischen Verhältnisse in Australien durchaus unklar und verworren. Die Labour Party, die damals die Regierung innehatte, setzte sich gleich all ihren Brüdern aus der Zweiten Internationale mit allen Kräften für den Krieg ein. Ihr Feldgeschrei war: „Der letzte Mann und der letzte Schilling für den Sieg!“ Diese Haltung fand natürlich den uneingeschränkten Beifall der bürgerlichen Parteien und sicherte damit den Fortbestand der Labour-Party-Regierung während der Kriegsdauer.

Der Unterschied in den Programmen der verschiedenen Parteien ist sehr gering und das der Nationalisten und der Labour Party stimmen so gut wie völlig miteinander überein. Die Hauptforderung der Arbeiterpartei war während der letzten zwanzig Jahre die Nationalisierung der Industrie, und diese Forderung wird heute von der Nationalistenpartei verwirklicht. Die australischen Arbeiter haben nicht weniger als zwanzig Jahre Erfahrungen über die Tätigkeit der Arbeiterparteiregierungen hinter sich. In jedem einzelnen Bundesstaat, außer Victoria, hat die Labour Party bereits die Regierungsgewalt in Händen gehabt. Nur in Neu-Südwesten wurde sie, obwohl sie ein gutes reformistisches Programm hatte, dieses Jahr aus der Macht verdrängt. Zur Erhaltung und Besserung ihrer Lage wollen die Arbeiter heute eine energische Führung sehen, und diese hat ihnen die Labour Party nicht gegeben. Sie haben die Versprechungen und Kurpfuschereien der Arbeiterparteipolitikanten bis zum Ekel satt.

Wenn es möglich wäre, die Befreiung der Arbeiterklasse durch den bloßen Stimmzettel durchzuführen, würden die australischen Arbeiter schon längst ihrem Kerker entronnen sein. Es ist eine traurige Geschichte, wenn man bedenkt, daß die Arbeiter sich 20 Jahre an diese Institution geklammert

haben in dem Glauben, daß sie dadurch ihre Lebenslage bessern würden. Es gibt kein Wunderheilmittel im ganzen Kapitalismus, das in Australien nicht ausprobiert worden wäre. Doch noch immer leiden die Arbeiter unter Arbeitslosigkeit, haben nur einen kargen Unterhalt, wenn sie arbeiten, und hausen in elenden, ungesunden Wohnungen. Die Labour Party und die Nationalistenpartei haben die Nationalisierung ins Werk gesetzt, d. h. sie haben gewisse Industrien übernommen und betreiben sie im Namen des Staates oder, wie gewisse Konfusionsäre behaupten, durch und für das Volk. Gewiß halten sie diese Betriebe im Gang, aber dafür sind die Interessen des Volkes erst in allerletzter Linie bestimmend gewesen. Nur die Kapitalisten und die Bürokratie haben bisher aus dieser vorgeschrittenen Form des Kapitalismus Nutzen gezogen.

Als die Nationalisierungsfrage in der australischen Arbeiterschaft zuerst aufkam, wurde sie als das A und O des Sozialismus gefeiert. Heute jedoch reizt sie die Nasen des australischen Proletariats durch ihren muffigen Geruch. Der Ruf nach Nationalisierung ist voll erfüllt worden, aber trotzdem sind die Arbeiter Lohnsklaven geblieben.

Heute ist Australien politisch völlig bankrott. Jedes Sozialgesetz, das geschaffen worden ist, hat sich als toter Buchstabe entpuppt. Schlichtungskammern und Schiedsgerichte, Lohnämter und militärische Zwangsertüchtigung für alle Knaben zwischen 14 und 20 Jahren, Mutterschaftszulagen und Alterspensionen, Nationalisierung, allgemeine Schulpflicht und freier Hochschulbesuch, alle sind bis auf ein oder zwei Gesetze in das Stadium der Nichtanwendung verfallen und werden als zwecklose Experimente zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterschaft gewertet.

Australien war bisher das gelobte Land für verkrachte Sozialreformer. Wenn die Erfahrungen, die wir in Australien gemacht haben, den Arbeitern aller übrigen Länder vermittelt werden könnten, dann würde ihnen eine Riesemenge von Tatkraft, Zeit und Elend bei dem Beschreiten derselben Wege erspart bleiben. Dann würde die wirkliche soziale Revolution weit rascher voranschreiten, und manche der Streitfragen, die heute noch die Arbeitermassen zerreißen, würde schnell gelöst sein.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung, 3. Jahrg. 1922, Nr. 59.